

Position des DGB zum Dualen Studium

Der DGB fordert deutliche Verbesserungen und eine Regulierung des stark wachsenden „Dualen Studiums“ – ein mit zur Zeit etwa 100.000 Lernenden stark wachsender Zweig zwischen hochschulischer und beruflicher Bildung. In der vor kurzem veröffentlichten „Position des DGB zum Dualen Studium“ ([DGB](#)) fordert der DGB u.a. eine systematische Integration des betrieblich-dualen und des wissenschaftlichen Lernens, wobei er neben dem ausbildungsintegrierenden auch das praxisintegrierende und in der wissenschaftlichen Weiterbildung das berufsintegrierende Studium als Duales Studium wertet. Der DGB setzt sich für eine bundeseinheitliche Regelung der Studienformate ein und fordert eine Öffnung des Zugangs sowie eine angemessene Studierbarkeit anstelle des anzutreffenden `Workloads` ein. Der betriebliche Teil des Dualen Studiums müsse Gegenstand des Berufsbildungsgesetzes bzw. der Handwerksordnung werden. Die Qualität solle durch bundesgesetzliche Regelung der Akkreditierung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung gesichert und das Studium gebührenfrei ermöglicht werden. Die Bundesfachgruppenausschüsse Kaufmännische und Gewerbliche Schulen begrüßen die DGB-Position als übergreifenden Rahmen, betonen jedoch ihre Präferenz der ausbildungsintegrierten Form des Dualen Studiums.

Aktueller Entwicklungsstand: Qualifikationsrahmen in Europa

Nach der EQR-Empfehlung (Europäischer Qualifikationsrahmen) von 2008 wurden in den vergangenen Jahren nationale

Qualifikationsrahmen (NQR) in Europa entwickelt und eingeführt. Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) hat in einem jüngst veröffentlichten Kurzbericht „Qualifikationsrahmen in Europa – Entwicklungen im Jahr 2016“ den aktuellen Stand der Entwicklung der NQR zusammengetragen. In der Frage, wie sichtbar die jeweiligen Qualifikationsrahmen für die Bürger/innen sind, machen die EU-Staaten Fortschritte. So geben mittlerweile eine Reihe von Ländern auf von ihnen vergebenen Qualifikationsunterlagen, also Zeugnissen, Abschlüssen sowie Europass-Zeugniserläuterungen und -Diplomzusätzen die entsprechenden NQR- und EQR-Niveaus an. Ebenfalls im Bereich der Validierung nicht formalen und informellen Lernens sind Fortschritte erkennbar. Hier ist jedoch eine stärkere Einbindung der Sozialpartner, insbesondere der Gewerkschaften einzufordern. Weitere Informationen finden Sie unter [CEDEFOP](#).

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen – Nachholbedarf erkennbar

Die Vereinten Nationen (VN) haben im Jahr 2015 die Sustainable Development Goals (SDGs) beschlossen - politische Zielsetzungen der VN, die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Ebene dienen sollen. Zur Konkretisierung werden die Zukunftsfähigkeitsziele auf 17 gesellschaftliche Bereiche bezogen. Für die Bildungsinternationale ist besonders bedeutsam, dass mit dem Ziel Nr. 4 „Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des



GEW Hauptvorstand

GEW Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

lebenslangen Lernens für alle fördern“ der zentrale Stellenwert einer guten Bildung für Alle deutlich wird. Das Bundeskabinett hat Anfang des Jahres die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ([Bundesregierung](#)) beschlossen, mit der aufgezeigt wird, wie Deutschland die SDGs umsetzt. Im Bildungsteil werden vor allem die Ansätze „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und Programme der Bundesregierung in der beruflichen und allgemeinen Bildung beschrieben. Nach Einschätzung der Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen bleibt die Bundesrepublik damit hinter dem zurück, was zur Zielerreichung notwendig ist. Hier ist vor allem die Beteiligung der für Bildung zuständigen Länder, aber auch die der Sozialpartner zu erwähnen, ohne die eine nachhaltige Entwicklung auch im Bildungswesen nicht möglich ist. Unterdessen hat das Statistische Bundesamt die „Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele“ ([Destatis](#)) veröffentlicht, das die für Deutschland verfügbare Indikatoren der globalen UN-Agenda 2030 aufzeigt. Im Bildungsteil sind bereits nähere Indikatorenansätze erkennbar, die Bundesfachgruppen, die die „Indikatorisierung“ und Zielannäherung insbesondere des SDG 4 kritisch verfolgen, vermissen hier jedoch ein „Herunterbrechen“ auf die im deutschen Bildungsföderalismus verantwortlichen Körperschaften.

Online-Konsultation BNE: Den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung mitgestalten!

Die UNESCO hat 2015 mit dem Weltaktionsprogramm (WAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) dazu aufgeru-

fen, nachhaltiges Denken und Handeln in allen Bildungsbereichen zu stärken. Die GEW hält BNE für notwendig, denn unsere Lebensgrundlagen sind bedroht. Demokratieverlust, wachsende Armut und Kriege beherrschen die Welt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das das Weltaktionsprogramm in Deutschland federführend umsetzt, hat zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms eine Nationale Plattform und Fachforen zu den verschiedenen Bildungsbereichen eingerichtet. Auch die GEW wirkt hier, u.a. in den Foren für Frühkindliche Bildung, Schule sowie Berufliche Bildung mit. Für die GEW ist *Bildung für Nachhaltige Entwicklung* mehr als Umweltbildung. Es geht auch um ein Umsteuern in der Sozialpolitik, um demokratische Beteiligung und Friedensbildung. Aus den Vorarbeiten der Fachforen sind Ziele formuliert worden, anhand derer der „Nationale Aktionsplan“ entwickelt wird. Die GEW legt Wert auf die soziale Dimension und die verbindliche Verankerung der Nachhaltigkeitsziele. Bis Mitte März werden die Ziele des Nationalen Aktionsplans in einer Onlinekonsultation vorgestellt und interessierte Bürgerinnen und Bürgern eingeladen, diese zu bewerten. Die Bundesfachgruppen Gewerbliche und Kaufmännische Schulen fordern Sie auf, mitzuwirken und Ihre Bewertung, Kritik und Anregungen mit einzubringen: Die Onlinekonsultation läuft bis 15. März 2017 unter [BNE-Portal](#).



GEW Hauptvorstand

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinish-Weiser
0331/ 964476
heinish-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net